



Bensberger Gespräche **26.-28. Januar 2009 in Bensberg**

Tagungsdokumentation
Dokumentation: Christiane Toyka-Seid

Mittwoch, 28. Januar

Neue Koordinaten – neue Wege? Der Nahe Osten und die Weltpolitik
John Hulsman, Oppenheim-Scholar des Alfred von Oppenheim-Zentrums für Europäische Zukunftsfragen (AOZ), Berlin und Member of the Council on Foreign Relations, New York

Das außenpolitische Konzept der Bush-Administration, wonach die USA der Welt die Demokratie bringe und die Welt das amerikanische Konzept übernehme – sei, so Hulsman, gescheitert. Der Irak-Krieg zeige das eindrücklich. Die neue Regierung unter Obama werde andere Wege gehen müssen.

Um vernünftige politische Konzepte zu entwickeln, müssten folgende Fragen beantwortet werden: Welcher Akteur macht was? Mit welchem strategischen Ziel? Mit welchen Mitteln? Über welchen Zeitraum hinweg? Und welche Kooperationen gibt es?

Hulsman diskutierte die außenpolitischen Optionen für den Nahen Osten:

Irak: Die USA würden sich aus dem Irak zurückziehen, darüber bestehe eine breite Einigkeit unter allen Politikern in den USA. Das Problem sei kein logistisches, sondern ein politisches und diplomatisches. Ziel müsse sein, im Irak einen „Libanon light“ zu schaffen, also einen Staat, der trotz der Minderheitenprobleme zusammengehalten wird. Denn auch von den angrenzenden Staaten habe niemand ein Interesse daran, dass der Irak zerfalle.

Arabisch-israelische Beziehungen: George Mitchell, der neue Beauftragte der USA für den Nahen Osten, sei nicht nur sehr erfahren in Krisendiplomatie, er werde auch weitreichende Befugnisse haben. Wichtig würde für jede Lösung sein, dass die Bevölkerung die Vereinbarung trage. Es mache keinen Sinn, die Politiker zu Zugeständnissen zu bringen, die von der Bevölkerung nicht gewollt seien – deshalb sei Clinton mit Oslo gescheitert. Hulsman plädierte für die Rückkehr zur Geheimdiplomatie und für strategische Verhandlungen: kleine Arbeitsgruppen, kleine Zeiträume (6 - 9 Monate), Diskretion. Es mache nur Sinn, nach tragfähigen Lösungen zu suchen. Keine israelische Regierung würde die Palästinenser in den Staat integrieren, weil es den Charakter des Staates ändern würde. Deswegen müssten die Palästinenser kompensiert werden durch Landzugeständnisse und zwar dort, wo sie jetzt lebten. Es müssten, so Hulsman, verlässliche Verbindungen zwischen dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen geschaffen werden. Und auch für Jerusalem brauche man eine verlässliche Lösung. Die Palästinenser sollten, so Hulsman, in Jerusalem leben können, „ihre Flagge dort hissen“, aber die Hauptstadt des Palästinenserstaates müsse Ramallah bleiben.

Insgesamt könne nur eine Gesamtlösung gefunden werden, bei der jede Seite ein wenig mehr gewinne als verliere. Die Israelis müssten Konzessionen bei den Siedlungsbauten machen – denn wieso sonst sollten die Palästinenser von ihrem militärischen Widerstand Abstand nehmen? Die USA würden auch mit der Hamas reden, allerdings erst mit den

unteren Chargen. Die politischen Führer dürften durch solche Verhandlungen nicht „verbrannt“ werden

Hulsman machte immer wieder deutlich – nicht zuletzt auch unter Verweis auf die Erfahrung, die bereits Lawrence von Arabien mit Faisal gemacht habe –, dass die Menschen in der Region selbst den Frieden schließen müssten.

Afghanistan: Entscheidend sei, dass man Afghanistan nicht isoliert von **Pakistan** betrachte – man müsse die Probleme beider Länder gemeinsam angehen. Pakistan sei das instabilste Land der Welt. Das Nuklearprogramm würde zwar von den Militärs kontrolliert, die verlässliche Beziehungen zu den USA hätten, aber es gebe große Wirtschaftsprobleme und somit die Gefahr, dass Nuklearmaterial an andere Mächte verkauft würde. Um also insgesamt die Situation in der Region zu verbessern, brauchten die USA mehr Truppen. Hier würde von Europa mehr Engagement verlangt und Europa würde diese Forderung schwerlich ignorieren können.

Die militärische Kooperation zwischen den USA und Europa müsse ebenso verbessert werden wie die zivile Aufbauhilfe. Diese sehr richtige Einsicht müsse durchgezogen werden und zwar mit europäischer Unterstützung. Die USA hätten in Afghanistan alles richtig gemacht – die UNO sei eingebunden worden, mit den Verantwortlichen vor Ort sei kooperiert worden– nun würde Obama von den Europäern dafür Unterstützung fordern. Er würde auch Gegenleistungen für die Auflösung des Gefängniscamps von Guantanamo verlangen. Und wenn sich Europa verweigern werde, erhielten diejenigen in den USA Rückenwind, die gegen eine internationale Rücksichtnahme der USA seien.

Iran: Eine gewaltsame Lösung würde die Stabilität in der Region gefährden, die NATO würde auseinanderfliegen und die UNO erschüttert. Nur Al Kaida würde gewinnen. Aber man könne sich auch nicht einfach zurückziehen und abwarten. Denn es gebe einen atomaren Rüstungswettkampf. Und wenn man nicht auf nukleare Nicht-Verbreitung beharre, würden auch Staaten wie die Türkei, Ägypten oder Saudi-Arabien die Verfügbarkeit von Nuklearwaffen einfordern. Israel zudem werde nicht einfach abwarten, was sich entwickelt.

Was also kann man tun?

Hulsman plädierte für die seiner Meinung nach einzig realistische Lösung: eine Investitionssperre. Alles andere funktioniere nicht. Entscheidend für einen Erfolg sei dabei aber, dass Deutschland und Italien vorneweg gingen, nur dann würden auch Russland, China und die Golfstaaten folgen. Diese würde den Iran deswegen hart treffen, weil die iranische Führung an einer Demonstration ihrer Stärke interessiert sei. Aber wenn es nicht gelinge, dann würde es über kurz oder lang dazu kommen, dass der Iran ein Atommacht werde.

Dies würde neue Probleme bringen: Er glaube zwar nicht, dass die iranische Führung die Nuklearwaffen einsetzen würden, weil alle wüssten, dass Israel die Kapazität zum Zweitschlag habe. Und die iranischen Führer wollten nicht sterben. Gefährlich sei aber, dass eine ihrer Atombomben an den islamistischen Dihad weitergereicht werden könnte.

Transatlantisches Verhältnis: Es werde sich unter Obama neu bewähren müssen. Und die USA würden sich auf ein größer gewordenes Europa einstellen müssen. Jetzt dürften sich, so Hulsman, die Europäer nicht verweigern, denn Gestaltungschancen für einen Frieden, wie sie derzeit vorhanden sind, werde es in zehn Jahren nicht mehr geben. Wenn Europa nicht bereit sei, mit den USA zu kooperieren, würden andere Kooperationspartner gesucht oder notfalls würden die USA alleine handeln.